

## ÜBERSETZUNG

Geschäftsverzeichnismrn. 6764, 6765, 6766,  
6767, 6769, 6770, 6771 und 6772

Entscheid Nr. 45/2018  
vom 29. März 2018

### ENTSCHEIDSAUSZUG

---

*In Sachen:* Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf Artikel 110/3 § 1 Absatz 2 des Dekrets des Französischen Gemeinschaft vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums und Artikel 11 des Dekrets des Französischen Gemeinschaft vom 29. März 2017 über das Studium der Medizin und der Zahnheilkunde, gestellt vom Staatsrat.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten J. Spreutels und A. Alen, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Snappe, J.-P. Moerman, E. Derycke, T. Merckx-Van Goey, P. Nihoul, F. Daoût und R. Leysen, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten J. Spreutels,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

## I. Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren

a. In fünf Entscheiden Nr. 239.510 vom 24. Oktober 2017 in Sachen Chaïma Aikar, Nr. 239.552 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Mathilde Bouchonville, Nr. 239.553 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Khadija Bouchal, Nr. 239.555 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Berna Korkmazer und Nr. 239.554 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Javeria Goher gegen die « Université libre de Bruxelles », die Französische Gemeinschaft und den belgischen Staat, deren Ausfertigungen am 8. November 2017 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen sind, hat der Staatsrat folgende Vorabentscheidungsfrage gestellt:

« Verstößt Artikel 110/3 § 1 Absatz 2 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums gegen Artikel 24 § 3 und § 4 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und mit Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c) des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insofern er die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Studienzyklus der Zahnheilkunde für das akademische Jahr 2016-2017 beschränkt, indem für dieses Jahr erneut die für das akademische Jahr 2015-2016 festgelegte Gesamtanzahl von Zugangsbescheinigungen gilt, während der königliche Erlass vom 19. August 2011 über die Planung des Angebots der Zahnheilkunde für das Jahr 2021 die Anzahl der Zahnarztanwärter, die jährlich Zugang haben zur Ausbildung im Hinblick auf die Erlangung eines Titels, der Gegenstand einer Zulassung ist, nicht beschränkt? ».

b. In drei Entscheiden Nr. 239.551 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Emilie Brihaye gegen die « Université de Mons-Hainaut », die Französische Gemeinschaft und den belgischen Staat, Nr. 239.550 vom 25. Oktober 2017 in Sachen Alessia Gardavascio gegen die « Université de Liège », die Französische Gemeinschaft und den belgischen Staat und Nr. 239.509 vom 24. Oktober 2017 in Sachen Clémence Lekeux gegen die « Université de Liège », die Französische Gemeinschaft und den belgischen Staat, deren Ausfertigungen am 8. November 2017 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen sind, hat der Staatsrat folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« 1) Verstößt Artikel 11 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 29. März 2017 über das Studium der Medizin und der Zahnheilkunde gegen Artikel 24 § 3 und § 4 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und mit Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c) des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insofern er die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Studienzyklus der Medizin für das akademische Jahr 2016-2017 beschränkt, während Artikel 3 des königlichen Erlasses vom 12. Juni 2008 über die Planung des Angebots der Medizin für das Jahr 2022 die Anzahl der attestierten Kandidaten, die Zugang zu einer Ausbildung im Hinblick auf die Erlangung eines der besonderen Berufstitel haben, nicht beschränkt?

2) Verstößt Artikel 110/3 § 1 Absatz 2 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums gegen Artikel 24 § 3 und § 4 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und mit Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c)

des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insofern er die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Studienzyklus der Medizin für das akademische Jahr 2016-2017 beschränkt, indem für dieses Jahr erneut die für das akademische Jahr 2015-2016 festgelegte Gesamtanzahl von Zugangsbescheinigungen gilt, während Artikel 3 des königlichen Erlasses vom 12. Juni 2008 über die Planung des Angebots der Medizin für das Jahr 2022 die Anzahl der attestierten Kandidaten, die Zugang zu einer Ausbildung im Hinblick auf die Erlangung eines der besonderen Berufstitel haben, nicht beschränkt? ».

Diese jeweils unter den Nummern 6764, 6765, 6769, 6770, 6772, 6766, 6767 und 6771 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

(...)

### III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Vor seiner Abänderung durch Artikel 11 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 29. März 2017 über das Studium der Medizin und der Zahnheilkunde bestimmte Artikel 110/3 des Dekrets vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums:

« § 1. Jedes Jahr legt die Regierung vor dem 30. Juni die Gesamtanzahl von Zugangsbescheinigungen im Sinne von Artikel 110/2 fest, die im darauf folgenden akademischen Jahr ausgestellt werden, wobei sie unter anderem die Zahl der Diplominhaber des zweiten Zyklus berücksichtigt, die Zugang zur Erteilung der besonderen Berufstitel haben aufgrund der föderalen Gesetzgebung über die Planung des medizinischen Angebots.

Geschieht dies nicht, so gilt die Anzahl der Zugangsbescheinigungen erneut für das darauf folgende akademische Jahr.

§ 2. Wenn die Regierung die Gesamtzahl der Zugangsbescheinigungen festlegt, bestimmt sie für jede Universität die Anzahl der Zugangsbescheinigungen, die im darauf folgenden akademischen Jahr erteilt werden.

Die Verteilung auf die Universitätseinrichtungen erfolgt nach dem Grundsatz ‘ das Recht des Stärkeren ’, indem 20,88 Prozent der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm in Medizin der ‘ Université de Liège ’, 27,06 Prozent der ‘ Université catholique de Louvain ’, 18,94 Prozent der ‘ Université libre de Bruxelles ’, 11,15 Prozent der ‘ Université de Mons ’ und 21,97 Prozent der ‘ Université de Namur ’ zugeteilt werden.

Die Verteilung auf die Universitätseinrichtungen erfolgt nach dem Grundsatz ‘ das Recht des Stärkeren ’, indem 25,96 Prozent der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm

in Zahnheilkunde der ' Université de Liège ', 38,69 Prozent der ' Université catholique de Louvain ', und 35,35 Prozent der ' Université libre de Bruxelles ' zugeteilt werden.

Diese Verteilungen sind für höchstens neun Jahre festgelegt. Ab dem akademischen Jahr 2024-2025 bestimmt die Regierung für die neun folgenden Jahre die Verteilungen auf die Einrichtungen ».

Der vorerwähnte Artikel 11 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 29. März 2017 hat diesen Artikel 110/3 § 2 durch zwei Absätze mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« In Abweichung von Absatz 1 wird für das akademische Jahr 2016-2017 die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Zyklus der Medizin wie folgt verteilt: 135 Bescheinigungen für die ' Université de Liège ', 176 Bescheinigungen für die ' Université catholique de Louvain ', 123 Bescheinigungen für die ' Université libre de Bruxelles ', 72 Bescheinigungen für die ' Université de Mons ' und 143 Bescheinigungen für die ' Université de Namur '.

In Abweichung von Absatz 1 wird für das akademische Jahr 2016-2017 die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Zyklus der Zahnheilkunde wie folgt verteilt: 23 Bescheinigungen für die ' Université de Liège ', 34 Bescheinigungen für die ' Université catholique de Louvain ', und 32 Bescheinigungen für die ' Université libre de Bruxelles ' ».

Artikel 110/3 des Dekrets vom 7. November 2013 wurde durch Artikel 17 Nr. 1 des Dekrets vom 29. März 2017 aufgehoben, das gemäß seinem Artikel 18 für das akademische Jahr 2017-2018 wirksam wird.

B.2. Aus den Verweisungsentscheidungen geht hervor, dass der Staatsrat im Verfahren der äußersten Dringlichkeit über Klagen auf einstweilige Aussetzung der Umsetzung von Einzelentscheidungen des Prüfungsausschusses der Fakultät für Zahnheilkunde oder Medizin zu befinden hatte, durch die die Kläger vor dem Staatsrat, die Studierende im ersten Jahr (Block 1) des ersten Zyklus des Studiums (Bachelor) für das akademische Jahr 2016-2017 sind und die ihr Jahr erfolgreich abgeschlossen haben, indem sie mindestens 45 Studienpunkte und höchstens 60 Studienpunkte erworben haben, nach Abschluss der Auswahlprüfung am Ende von Block 1 nicht günstig eingestuft wurden.

B.3. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit von Artikel 110/3 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 7. November 2013 einerseits und von Artikel 11 des Dekrets vom 29. März 2017 andererseits mit Artikel 24 § 3 und § 4 der Verfassung an sich oder in Verbindung mit Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention und mit

Artikel 13 § 2 Bst. c des Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte befragt, insofern diese Bestimmungen die Anzahl der Zugangsbescheinigungen für das weitere Programm des Zyklus der Zahnheilkunde oder der Medizin für das akademische Jahr 2016-2017 beschränkt, während zum einen der Königliche Erlass vom 19. August 2011 über die Planung des Angebots der Zahnheilkunde für das Jahr 2021 die Anzahl der Zahnarztanwärter, die jährlich Zugang zur Ausbildung im Hinblick auf die Erlangung einer Berufsbezeichnung haben, die Gegenstand einer Zulassung ist, nicht beschränkt, und zum anderen Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 12. Juni 2008 über die Planung des Angebots der Medizin für das Jahr 2022 die Anzahl der attestierten Kandidaten, die Zugang zu einer Ausbildung im Hinblick auf die Erlangung einer der besonderen Berufsbezeichnungen haben, nicht beschränkt.

B.4. Nach der Befassung des Gerichtshofes mit den vorliegenden Rechtssachen wurde im *Belgischen Staatsblatt* vom 18. Januar 2018 das Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2017 über die besondere Situation der im akademischen Jahr 2016-2017 für das Studium der Medizin und Zahnheilkunde eingeschriebenen Studierenden veröffentlicht, das bestimmt:

« Artikel 1. In das Dekret vom 29. März 2017 über das Studium der Medizin und der Zahnheilkunde wird ein Artikel 12/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 12/1. § 1. In Abweichung von den Artikeln 1 und 13 Absatz 1 des vorliegenden Dekrets und von Artikel 110/2 des Dekrets vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums können die Studierenden, die im akademischen Jahr 2016-2017 für Medizin und Zahnheilkunde eingeschrieben waren und mindestens 45 Studienpunkte der ersten 60 Studienpunkte des Studienprogramms des ersten Zyklus erworben haben, in ihr Studienprogramm die Unterrichtseinheiten des weiteren Programms des ersten Zyklus der Medizin und der Zahnheilkunde eintragen.

§ 2. In Abweichung von den Artikeln 1 und 13 Absatz 1 des vorliegenden Dekrets können die Studierenden, die 2016-2017 ein Entlastungsprogramm in Medizin und Zahnheilkunde bestanden haben und die am Ende des akademischen Jahres 2017-2018 nachweisen, 45 Studienpunkte der ersten 60 Studienpunkte des Studienprogramms des ersten Zyklus erworben zu haben, in ihr Studienprogramm die Unterrichtseinheiten des weiteren Programms des ersten Zyklus der Medizin und der Zahnheilkunde eintragen ’.

Art 2. In dasselbe Dekret wird ein Artikel 12/2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 12/2. Für das akademische Jahr 2017-2018 gelten die Studierenden, die im akademischen Jahr 2016-2017 für Medizin und Zahnheilkunde eingeschrieben waren, die

mindestens 45 Studienpunkte der ersten 60 Studienpunkte des Studienprogramms des ersten Zyklus erworben haben und die sich über das äußerste Einschreibungsdatum für Medizin und Zahnheilkunde hinaus im akademischen Jahr 2017-2018 einschreiben, als für dieses Studium seit dem 14. September 2017 eingeschrieben.

Für die in Absatz 1 genannten Studierenden, die in einem anderen Studiengang als Medizin und Zahnheilkunde eingeschrieben sind, den sie beibehalten möchten, während sie zugleich ihr Studium der Medizin und Zahnheilkunde fortsetzen, wird im Hinblick auf die Finanzierung, wie sie im Dekret vom 11. April 2014 zur Anpassung der Finanzierung der Hochschuleinrichtungen an die neue Organisation der Studien erwähnt ist, nur ihre Einschreibung zum Studium der Medizin oder Zahnheilkunde berücksichtigt '.

Art. 3. In dasselbe Dekret wird ein Artikel 12/3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

' Art. 12/3. Für das akademische Jahr 2017-2018 zahlen die Studierenden, die im akademischen Jahr 2016-2017 für Medizin und Zahnheilkunde eingeschrieben waren, die mindestens 45 Studienpunkte der ersten 60 Studienpunkte des Studienprogramms des ersten Zyklus erworben haben, die sich über das äußerste Einschreibungsdatum für Medizin und Zahnheilkunde hinaus im akademischen Jahr 2017-2018 einschreiben und die ihre ursprüngliche Einschreibung in einem anderen Studiengang als Medizin und Zahnheilkunde annullieren und ihr Studium im letztgenannten Studiengang fortsetzen möchten, nur die Einschreibungsgebühr bei der Hochschuleinrichtung, bei der sie für Medizin und Zahnheilkunde eingeschrieben sind.

In Abweichung von Artikel 102 § 2 des Dekrets vom 7. November 2013 zur Bestimmung der Hochschullandschaft und der akademischen Organisation des Studiums können diese Studierenden auf ihren ausdrücklichen Antrag vor dem 15. Februar 2018 ihre Einschreibung in diesem Studiengang annullieren, ohne dass 10 % des Betrags der Einschreibungsgebühr geschuldet werden '.

Art. 4. Dieses Dekret wird für das akademische Jahr 2017-2018 wirksam ».

B.5. Aus den Vorarbeiten zum Dekret vom 20. Dezember 2017 geht hervor, dass der Dekretgeber infolge der Urteile des Staatsrates, mit denen die Vorabentscheidungsfragen dem Gerichtshof in den vorliegenden Rechtssachen gestellt wurden, tätig geworden ist, um die Situation der betroffenen Studierenden endgültig zu bereinigen:

« Dans l'attente de l'arrêt de la Cour constitutionnelle, le Conseil d'Etat a ordonné à la Communauté française et aux universités d'autoriser les requérants à inscrire à titre provisoire, dans leur programme d'études, des unités d'enseignement de la suite du programme du cycle d'études.

Ayant obtenu la garantie qu'un numéro INAMI sera octroyé aux étudiants concernés, le Gouvernement de la Fédération Wallonie-Bruxelles a décidé de généraliser les effets de ces arrêts à l'ensemble des étudiants se trouvant dans la même situation.

Il importait en effet de rétablir l'égalité de traitement entre tous les étudiants concernés, en ce compris ceux qui n'ont pas été en justice, en les autorisant à s'inscrire à titre provisoire

à la suite du programme du premier cycle. Des instructions en ce sens ont été données aux recteurs et doyens des facultés de médecine et dentisterie.

A ce stade, ni le Conseil d'Etat ni la Cour Constitutionnelle n'ont remis en question la validité du concours organisé en juin 2017. Il en va de même sur le principe de l'examen d'entrée instauré par le décret du 29 mars 2017 susvisé.

Compte tenu du délai dans lequel la Cour constitutionnelle est appelée à rendre son arrêt sur les questions préjudicielles posées par le Conseil d'Etat, il est probable que les sessions de janvier voire de juin soient passées.

Dans ce contexte, afin de ne pas maintenir les étudiants plus longtemps dans l'incertitude, le présent décret autorise définitivement l'ensemble des étudiants inscrits aux études de premier cycle en sciences médicales et dentaires durant l'année académique 2016-2017 et ayant acquis au moins 45 crédits des 60 premiers crédits du programme d'études de premier cycle à accéder aux unités d'enseignement de la suite du programme du cycle.

Le présent décret crée une base légale permettant de régulariser la situation des étudiants inscrits aux études de premier cycle en sciences médicales et dentaires durant l'année académique 2016-2017, ayant acquis au moins 45 crédits des 60 premiers crédits du programme d'études de premier cycle mais n'ayant pas obtenu l'attestation de réussite au concours et à l'examen d'entrée.

Cette dérogation à l'article 1er du décret du 29 mars 2017 précité ne vaut que pour la situation particulière des étudiants inscrits durant l'année académique 2016-2017. Les étudiants qui souhaitent s'inscrire en 2018-2019 resteront soumis au décret du 29 mars 2017 et devront dès lors disposer d'une attestation de réussite délivrée à l'issue de l'examen d'entrée pour s'inscrire en sciences médicales et dentaires » (*Doc. parl.*, Communauté française, 2017-2018, n° 571/1, pp. 3 et 4).

B.6. Da die Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2017 auf die in B.2 erwähnten Studierenden anwendbar sind, sind die Rechtssachen an das vorliegende Gericht zurückzuverweisen, damit dieses entscheiden kann, ob die Antwort auf die Vorabentscheidungsfragen zweckdienlich ist.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

verweist die Rechtssachen an den Staatsrat zurück.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 29. März 2018.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) J. Spreutels